

› Ackermann-Gemeinde Diözese Rottenburg-Stuttgart

# Haider Thesen und Paneuropa

Ende Januar beschäftigte sich der Diözesanrat der Ackermann-Gemeinde im Bistum Rottenburg-Stuttgart in Ulm-Wiblingen mit der Sozialpflichtigkeit des Privateigentums.

Unverkennbar liege im Evangelium der Impetus zu sozialer Verantwortung, doch die Christen, sowohl einzelne wie auch die gesamte Hierarchie der Kirche, hätten vor diesem Anspruch versagt. Sie hätten sich in Anpassung an gesellschaftliche Strukturen zu sehr auf die Seite der Mächtigen geschlagen, seien gar zum Schutzschild für die oberen Zehntausend geworden und hätten dabei sich selbst wie auch den führenden Schichten geschadet, weil deren Verantwortungsgefühl gegenüber der Gemeinschaft abgestumpft sei. Aufgrund von äußeren Rücksichten und Berechnungen seien sie vom Weg des Evangeliums abgewichen und müßten nun bei Gottesleugnern, nämlich bei Sozialisten und Kommunisten, in die Schule gehen.

Der Mann, der solch gewagte Auffassungen vertrat, war Katholik und der Kirche keineswegs feindlich gesinnt. Aber in seiner Klarsichtigkeit für die drängende Problematik der sozialen Frage in seiner Zeit – Kapitalismus versus Proletariat –, als Pragmatiker und realitätsnaher Strategie mit Augenmaß für das politisch Durchsetzbare war er auf Ausgleich bedacht und verwarf daher dogmatische Standpunkte der Kirche. Beim Befreiungskampf um die Rechte der Arbeit und des Arbeiters habe die Kirche schlichtweg auf deren Seite zu stehen.

Es war Karl Hilgenreiner (1867 – 1948), aufgewachsen in Westböhmen, Professor für christliche Gesellschaftslehre und Kirchenrecht an der Deutschen Universität Prag, nach dem Ersten Weltkrieg im neuen tschechoslowakischen Staat als christlicher Politiker und Sozialreformer tätig, von 1920 bis 1939 auch parteipolitisch. Unter Führung Hilgenreiners und mit einem auch von ihm ausgearbeiteten Parteiprogramm gewinnt die christlich-soziale Bewegung in Böhmen politisches Gewicht. Angesichts einer breiten Dominanz sozialdemokratischer und sozialistischer Ideen erscheint es ihm dabei besonders dringlich, über die materialistische Basis dieser Ideologien aufzuklären und sich davon abzugrenzen. Das hinderte ihn allerdings nicht, ihr Bestreben zur Schließung der klaffenden Gerechtigkeitslücke anzuerkennen und sich ihm anzuschließen. Jedoch dürfe die Kirche sich nicht in den Kampf verschiedener Gruppen, Stände und Klassen stellen, dürfe nicht polarisieren, sondern müsse für das Miteinander und Füreinander eintreten, gleich weit entfernt von egoistischem Kapitalismus und unnatürlicher Gemeinwirtschaft, als oberstes Ziel den gan-

zen, den sozialen Menschen im Auge, mit seinem Recht auf Privateigentum, das aber eine unbedingte Begrenzung durch die Notwendigkeiten des Gemeinwohls erfährt.

Hilgenreiner und sein „Christlicher Sozialismus“ standen im Mittelpunkt des Vortrags von Lydia Bendel-Maidl. Im Anschluß beleuchtete Rainer Bendel, seit 2014 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholischer Vertriebenenorganisationen (AKVO) in Stuttgart, „Katholische Vertriebene und die Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland“.

Die Vertriebenen schufen in der jungen Bundesrepublik in



Volkstreffenssprecher Bernd Posselt, Professor Dr. Lydia Bendel-Maidl und Professor Dr. Rainer Bendel.

ihren ökonomischen und sozialen Notlage und durch ihre daraus erwachsenden Forderungen breiten Handlungsbedarf mit vielfältigen Impulsen und Konsequenzen in den unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Bendel konzentrierte sich in seinem Referat auf die Veränderungen durch sozialpolitische Maßnahmen vor allem in der zweiten Hälfte der vierziger und in den fünfziger Jahren. Der Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zur Sozialpolitik und damit auch zu einem kardinalen Steuerungsmittel gesellschaftlicher Stabilisierung und Befriedung sei wissenschaftlich bislang „so gut wie nicht explizit aufgeworfen worden“, obwohl die von Vertriebenen weitgehend initiierte, getragene und auch gegen Widerstände auf den politischen Weg gebrachte Sozialpolitik sich damals von ihrer Fixierung auf die Arbeiterpolitik löste, ins Zentrum des Wirtschafts- und Gesellschaftsprozesses rückte, ältere nationalistische Integrationsmechanismen weitgehend ablöste, als Ordnungsfaktor den volkswirtschaftlichen Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft beschleunigte und zum Modell der Sozialen Marktwirtschaft, zum Katalysator des Wirtschaftswunders wurde.

Bendel nannte als einen der Väter dieser Umwälzung Hans Schütz. Er war eine zentrale Figur des sozialen Katholizismus und für die Vertriebenen eine wichtige Integrationsfigur. Bereits bei der ersten Tagung der heimatlosen Priester vom 1946 in Eichstätt referierte der frühere christliche Gewerkschafter in

Mähren, Jungaktivist in der ersten ČSR und Angehöriger der sudetendeutschen Christlich-sozialen Arbeiterpartei über die weitgespannten Aufgaben, die sich aus dem Strom der Vertriebenen ergaben. Schütz war damals Vorsitzender des Hauptausschusses für „Flüchtlingswesen“ beim Staatskommissar in München. In seiner Analyse der Lage der Vertriebenen im Nachkriegsdeutschland werden die dringlichen Handlungsfelder deutlich: das Wohnraumproblem, die Ernährungslage, die Situation auf dem Arbeitsmarkt und grundlegend die Frage nach der Eigentumsverteilung. Im August 1946, also zu einer Zeit, als die meisten

Vertriebenen noch an Rückkehr in die Heimat dachten, forderte Schütz als erster einen Lastenausgleich. Er war Seele und Motor einer Reihe von Gesetzen, die nicht nur für die Zukunft der Vertriebenen, sondern aller Deutschen entscheidend wurden. Seiner Weitsicht und vermittelnden Kapazität ist es zu danken, daß im Widerstreit der Interessen zwischen überkommenem Bürgertum und moderner Arbeiterschaft, zwischen Besitzenden und Enteigneten immer wieder Synthesen den revolutionären Sprengstoff entschärften.

Der religiöse Mensch ist für Schütz notwendig auch ein sozialer. Für die Ackermann-Gemeinde, deren Bundesvorsitzender er lange Jahre war, machte er sich ebenso stark wie für die religiöse und kulturelle Bildung. Schütz gehörte zu den Vordenkern und Gestaltern etwa bei der rechtlichen Gleichstellung der Vertriebenen mit den Einheimischen, beim Bundesvertriebenenengesetz, beim Lastenausgleich, bei Wohnungspolitik und Eigentumbildung, Rentenreform, Existenzgründung, Beteiligung der Arbeiterschaft an ihren Betrieben, Familienausgleich durch Kinderzulagen – alles Errungenschaften, die eine friedenserhaltende, das erschütterte Selbstbewußtsein der Entwurzelten heilende Wirkung hatten und heute Grundsäulen unseres Sozialsystems sind.

Seit den Tagen von Hans Schütz seien Paneuropa-Bewegung und Ackermann-Gemeinde eng miteinander verbunden, leitete Bernd Posselt, CSU-Politiker, langjähriger Europaparla-

mentarier und Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, sein Thema ein und sprach präzise mit freihändiger Eloquenz und historischer Kennerschaft.

„Seehofers bester Mann“, wie die „Süddeutsche Zeitung“ titelte, freute sich trotz seines bestehenden Terminkalenders über die Einladung nach Ulm. „Unbedingt“ wollte er sogar alle Vorträge hören, weil er sich mit der faszinierenden Thematik der katholischen Soziallehre in Böhmen und das Fortwirken dieses Erbes in der Bundesrepublik seit Schülertagen beschäftigte. Mit viel Detailkenntnis zeigte Posselt einige Entwicklungslinien zur Frage der Sozialverantwortung. Das alte Österreich sei diesbezüglich durch seine Gemengelage besonders schöpferisch gewesen, am fortschrittlichsten für ganz Europa die Böhmisches Länder. Die besten Köpfe hätten das innovative Wiener Klima aufgesucht, um soziale Ideen zu entwickeln. Kaiser Karl, der Vater Otto von Habsburgs, dessen Sprecher und engster Vertrauter Posselt jahrelang war, habe in seiner kurzen Regierungszeit 1916 bis 1918 das erste Sozialministerium der Welt eingerichtet, ebenso war das weltweit erste Gesundheitsministerium das österreichische. Mit sozialer Gerechtigkeit hoffte man, nationale Konflikte zu entschärfen. Organisationen wie die Ackermann-Gemeinde versuchten, so Posselt, an diese vergessenen Traditionsströme zu erinnern und sie für die heutige Gesellschaft fruchtbar zu machen.

Auf zwei westböhmisches Schlössern, die nur 50 Kilometer, aber auch die Sprachgrenze trennen, seien „die beiden bedeutendsten Ideen für das Europa des 21. Jahrhunderts“ entstanden: auf Schloß Haid der Fürsten Löwenstein die „Haider Thesen“ zur Arbeiterfrage von 1883, die katholische Soziallehre und über sie die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland; auf Schloß Ronsperg, ein Hort des interreligiösen Dialogs der weltoffenen Grafen Coudenhove-Kalergi, die Gründung der Paneuropa-Union 1924 und damit die Idee zur modernen europäischen Einigung. In kühner Hellsichtigkeit hatte Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi Identität und Selbstverständnis eines künftigen Europa vorgedacht. Er wollte die nationale Vielfalt bewahren, aber gleichzeitig Markt, Währung, Parlament, Regierung und Verteidigung vergemeinschaften, grenzüberschreitend Minderheiten- und Volksgruppenrechte schaffen und so friedentiftend die Nationalitätenfrage lösen, eine Aufgabe, die Europa unter aktiver Mitwirkung Posselts auch heute noch beschäftigt. Ein europäischer Patriotismus, schloß der glühende Europäer, solle den regionalen und nationalen ergänzen und krönen, was sowohl weltweit wie auch innerstaatlich sinnvoll sei.

Stefan P. Teppert